

Auf der Tagesordnung des Jahres 1961 stehen der Friedensvertrag mit Deutschland und die Lösung des Westberlinproblems. Die Vorschläge der Sowjetunion und der DDR sind der Weltöffentlichkeit unterbreitet. Die vom Bonner Militarismus drohenden Gefahren erlauben es nicht, die Friedensregelung mit Deutschland weiter zu verschieben. „Die Frage lautet heute nicht, ob man einen Friedensvertrag unterzeichnen oder nicht unterzeichnen soll, sondern ob dieser Friedensvertrag mit den beiden vorhandenen deutschen Staaten, der DDR und der BRD, oder mit einem deutschen Staat geschlossen wird“, sagte N. S. Chruschtschow am 15. Juni 1961. Damit ist klar ausgesprochen: Auch wenn einige Länder nicht an Friedensvertragsverhandlungen teilnehmen, auch wenn Bonn sich weigert, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen — der Friedensvertrag kommt zustande. Das ist unser fester, unabdingbarer Wille. Er wird abgeschlossen werden, weil es die Interessen des Friedens in ganz Europa erfordern, weil er zum Wohle aller friedliebenden Deutschen führt.

Der Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Schaffung einer Freien Stadt Westberlin sowie die Vorbereitung der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen im Herbst dieses Jahres erfordern eine gründliche Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Arbeit der leitenden Parteiorgane und aller Parteiorganisationen, erfordern höchste Aktivität aller Genossen. Diese großen politischen Aufgaben müssen überall verbunden werden mit den Anstrengungen zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes in allen seinen Teilen, mit der Festigung der sozialistischen Demokratie, indem die Neuen Ordnungen mit Leben erfüllt werden, und mit der raschen unbürokratischen Beseitigung zeitweiliger Mängel in der kontinuierlichen Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und industriellen Konsumgütern. Die leitenden Parteiorgane — Bezirks- und Kreisleitungen — müssen alle Kräfte darauf konzentrieren, daß an allen Abschnitten arbeitsfähige und arbeitende Parteiorganisationen wirken, daß jeder Genosse befähigt wird, in seinem Tätigkeitsbereich — ob im Betrieb, in der LPG oder im Wohngebiet — seine Kollegen und Mitbürger zu überzeugen, daß der Weg, den die Partei führt, der einzig richtige für den Frieden, das Glück und den Wohlstand des deutschen Volkes ist.

Unsere großen Aufbauerfolge der letzten vier Jahre auf allen Gebieten — seit den letzten Wahlen — gilt es ins Gedächtnis zu rufen; und es gilt, die Fragen der Bürger zu beantworten, ihre Vorschläge sorgfältig zu prüfen, ihre Mitarbeit bei der weiteren Verbesserung unseres Lebens zu sichern.

Die Parteileitungen müssen zugleich die Wachsamkeit gegenüber faschistischen Provokateuren erhöhen; denn die Bonner Machthaber versuchen mit allen Mitteln, unsere Friedensoffensive zu stören und Bürgerkriegsstimmung zu erzeugen.

Es ist die Pflicht der leitenden Parteiorgane, an jedem Abschnitt die Grundorganisationen in die politische Offensive zu führen. Indem die leitenden Genossen und die Wirtschaftsfunktionäre vor den Arbeitern auftreten und die Zusammenhänge erläutern, helfen sie den Grundorganisationen, eine wirksame politische Massennarbeit entsprechend ihren örtlichen Bedingungen zu leisten und den Werktätigen die engen Beziehungen zwischen den politischen und ökonomischen Aufgaben zu erklären. Nur so werden sie die Bereitschaft der Menschen erhöhen, unter Führung der Partei die komplizierten Aufgaben zu meistern.